

Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz, SVP): Kampf der Veloanbieter PubliBike und oBike et al: Sollen nicht auch der Kunde und der Steuerzahler von dieser Ausgangslage profitieren dürfen?

Offensichtlich drängt auch der Vermieter oBike in den Markt des Veloverleihs. Es stellen sich in diesem Zusammenhang diverse offene Fragen. Nach Auffassung des Fragestellers sollten vor dem Entscheid über den Abschluss des für den Steuerzahler mit immensen Kostenfolgen verbundenen Vertrages mit PubliBike diese Punkte geklärt werden. Dabei könnten in dem Konzessionsvertrag dem oder den Anbietern entsprechende Auflagen gemacht werden.

In diesem Zusammenhang wird der Gemeinderat höflich um die Beantwortung der folgenden Fragen ersucht:

1. Wäre es rechtlich nicht auch möglich oBike gegen Gebühr eine Konzession (ev. bei grosser Anzahl wegen gesteigerten Gemeingebrauch) Veloverleih zu übertragen oder mit oBike einen Vertrag abzuschliessen, in dem oBike gegen einen Betrag die Bewilligung für den Veloverleih auf städtischem Grund übertragen würde (inkl. entsprechender Auflagen)?
 - wenn ja, wird diese Option weiterverfolgt? von wem?
 - wenn nein, warum nicht?
2. Wenn nein, warum will der Gemeinderat den Wettbewerb verhindern und auf mögliche Konzessionsgelder verzichten? nach Auffassung des Fragestellers dürften sowohl der Steuerzahler wie auch der Kunden von der Konkurrenzsituation profitieren?

Bern, 31. August 2017

Erstunterzeichnende: Alexander Feuz

Mitunterzeichnende: Henri-Charles Beuchat, Roland Iseli, Stefan Hofer, Thomas Berger